

Redaktion, Verlag und Druck
von A. Graumann, Kirchplatz Nr. 3.
Insertate: Die Zeitschrift 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Nr 368.

Stettiner Zeitung.

Abendblatt. Sonnabend, den 8. August

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

1868.

Deutschland.

Berlin, 7. August. Es herrscht in der Presse ziemlich Einmütigkeit in der Beurtheilung des Wiener Schützengasse und diese Einmütigkeit ist um so größer geworden, seitdem die Wiener Volksversammlung so vollständiges Fiasko gemacht hat. Selbst denjenigen Blättern, die früher in ihrer Unschuld mit einem gewissen Enthusiasmus auf den süddeutschen Liberalismus blickten, wie z. B. die alte Tante Voss, ist die Sache zu arg geworden und dieselben sind größtentheils von ihren früheren Verurtheilungen zurückgekommen. Zu erwähnen ist bei dieser Gelegenheit auch, daß die in der Rede des Reichstanzlers von Preuss ausgesprochenen Ansichten über die Aufgabe Österreichs durchaus mit den Ansichten der süddeutschen Radikalen in dieser Hinsicht nicht übereinstimmen. Während Herr v. Bismarck von der Gleichberechtigung der verschiedenen Stämme in Österreich spricht, wollen die süddeutschen Radikalen Österreich nach Deutschland heranziehen, um ihnen ihre demokratischen Pläne durchzuführen zu helfen. — Selbst die Uebung eines Theiles der Generalstabs-Offiziere unter der Leitung des General v. Moltke muß zu wälderischen Zwecken herhalten. Der „Münchener Volksbote“ meint, die Reise sei nicht ein harmloser militärischer Spaziergang, sondern hätte eine ganz ernste Bedeutung. Dazu kommt, daß in Preußen Pferde gekauft worden wären und daß die „Kriegs-“ täglich ganze Spalten von Offiziersbeförderungen enthielte. Hierzu ist zu bemerken, daß diese Generalstabsreise gar nichts Ungewöhnliches ist, sondern daß solche Reisen alljährlich zur praktischen Ausbildung der Offiziere in der Strategie stattfinden. — Nachdem die hier angestellte kirchliche Agitation in Sand verlaufen ist, wie selbst liberale Blätter zugeben und der Karm um eine konfessionslose Realschule in Breslau keinen rechten Wiederhall finden will, werden demokratische Kreise Unterstufen für eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Erlass eines Unterrichtsgesetzes gesammelt, eine Kritik der Verwaltungsmaßregeln des Kultusministers und ähnliche Sachen in Aussicht gestellt. Der Grund zu alle diesem liegt darin, daß die Opposition ihre Wäpplerel jetzt auf kirchlichem Gebiet fortsetzen will, nachdem sie auf politischem Felde damit kein Glück mehr macht. Daher kommt es auch, daß an der Spitze dieser Wäpplerelien die gewöhnlichen Oppositions-Organen stehen, denen alles kirchliche sonst ziemlich gleichgültig ist. Man wird diesem Sturmlaufen, der bald gegen den einen, bald gegen den andern Minister gerichtet worden, um einen nach den andern zu entfernen, an maßgebender Stelle jedenfalls die geeignete Würdigung widerfahren lassen. Je mehr diese Oppositionshelden erhalten, desto mehr können und verlangen sie. Das ist eine alte bekannte Geschichte.

Berlin, 7. August. Die „Münchener Süddeutsche Presse“ läßt zuerst den Reden der süddeutschen Demokraten in Wien eine Abfertigung angedeihen und wendet sich dann zu einem von Dr. Karl Barth verfaßten, in der „Augsb. Postz.“ abgedruckten Plane eines süddeutschen Bundes. Sie sagt darüber: „Österreich, meint Dr. R. Barth, gehört zwar seiner Natur nach zum süddeutschen Bunde, ist aber „für jetzt“ durch den Prager Frieden davon ausgeschlossen. Das „für jetzt“ kann nichts anderes heißen sollen, als daß später Österreich dem süddeutschen Bunde beitreten solle. „In der Vorderreihe steht“ aber für Dr. R. Barth, die Erwägung, daß im Hinblick auf die beabsichtigte und unausbleibliche seinerzeitige Verschmelzung des Südbundes mit dem Nordbunde so viel wie möglich Gleichzeitigkeit der Einrichtung, natürlich mit Vermeidung der offensbaren Fehls des norddeutschen Bundes, zu erreichen sei.“ Mit der Zeit also soll, nach der Meinung und Absicht des Autors, Österreich dem süddeutschen Bunde beitreten und dieser sich mit dem norddeutschen verschmelzen. Kann sich Herr Dr. R. Barth dieses Ergebnis anders denken als unter der Voraussetzung, daß die alte Nebenbuhlerschaft Österreichs und Preußens von Neuem die deutschen Verhältnisse beherrschen und noch einmal blutig ausgefochten werden soll? Und glaubt er, daß dabei für Deutschland etwas zu gewinnen sei? Daß man in Österreich keinen Zweifel. Aber es gibt leider auswärtige Parteigänger Österreichs, welche österreichischer sein wollen, als Österreich selbst ist. Wir zweifeln nicht, daß diese Freunde gegenwärtig für Österreich recht unangenehm geworden sind, und wir wollen ihm wünschen, daß sie es nicht noch mehr werden. — Lassen wir indessen diese Seite des Barth'schen Planes auf sich beruhen, und fassen wir ins Auge, wie er sich einstellt den süddeutschen Bund eingerichtet denkt. Das ist, wenn sich's um einen praktischen Gedanken handeln soll, für uns die Hauptsache. Nach dem Plane sollen die einzelnen Regierungen des süddeutschen Bundes Vertreter zu einem Bundesrathe ernennen, welche gleichmäßig je eine Stimme führen. Die Beschlussfassung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Direktoriums den Ausschlag. Das Direktorium soll aus drei Mitgliedern bestehen, die der Bundesversammlung von den Regierungen der süddeutschen Bundesglieder übertragen werden. Den Reichstag bilden die verammelten Abgeordneten aller süddeutschen Staaten, welche dem Bunde angehören.“ Herr Dr. R. Barth scheint die sämtlichen süddeutschen Staaten nicht genau gekannt zu haben, sonst müßten ihm bei seinen Vorschlägen verschiedene Skrupel aufgefallen sein. Zählen wir selbst richtig, so sind im ganzen vier süddeutsche Staaten vorhanden: Baden, Württemberg, Bayern und Hessen. Der Urheber des Planes scheint den Fall anzunehmen, daß nicht alle vier dem Bunde angehören würden, sonst hätte er nicht ausdrücklich von allen süddeutschen Staaten, welche dem Bunde angehören“ gesprochen. Es sind also folgende drei Fälle möglich: 1) der Bund besteht aus zwei Gliedern, 2) der Bund besteht aus drei Gliedern, und 3) der Bund besteht aus vier Gliedern. Betrachtet man wie sich in jedem dieser drei Fälle das Stimmungsverhältnis des Bundesrathes gestalten

würde, so wird man gesehen müssen, daß Dr. R. Barth ein guter bairischer Patriot ist, so sehr er erklärt, daß im süddeutschen Bunde „Bismarck'sche Mittel nicht angewendet werden dürfen.“ Denn zunächst macht auch er für Bayern die Macht als Quelle des Rechts geltend, indem er daraus den Anspruch auf Hegemonie ableitet, was doch der preussischen Politik vom Standpunkte des Föderalismus als ein Unrecht angesehen werden ist. Sodann stellt er das Direktorium in der That in ein höchst günstiges Abstimmungsverhältnis. Besteht der Bund nur aus zwei Mitgliedern, was doch sehr wohl möglich ist, so entscheidet das Direktorium immer. Sind drei im Bunde, so wird das Direktorium nur überstimmt, wenn gegen seine Ansicht Einstimmigkeit herrscht, während in jedem Falle, wo die außer ihm vorhandenen Mitglieder sich theilen, ihm der Stichentscheid zufällt. Sind endlich vier im Bunde, so kann abermals das Direktorium nur durch Einstimmigkeit überstimmt werden. Sind zwei gegen eins, so findet zwar keine Stimmengleichheit ohne das Direktorium, wohl aber mit dem Direktorium statt, und dann entscheidet das Direktorium abermals für die Seite, auf die es sich stellt. Es ist die geringe Zahl der in allen Fällen möglichen Bundesglieder, welche dieses vorteilhafte Verhältnis zur Folge haben würde, und es ist unwahrscheinlich, daß ohne Anwendung „Bismarck'scher Mittel“, welche Dr. R. Barth nicht zulassen will, die andern süddeutschen Staaten nicht auf den Plan eingehen.“

— Unsere diplomatischen Verbindungen mit Mexiko wurden bekanntlich mit dem Untergang des Kaiserreichs abgebrochen und sind seitdem nicht wieder aufgenommen worden. Eine Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen muß von der mexikanischen Regierung ausgehen, da Juárez, als er an die Spitze der Republik trat, die Vertreter der fremden Mächte aus Mexiko vertrieb.

— Die Erbitterung, welche in unseren leitenden Kreisen gegen den General Lamarmora herrscht, ist eine erklärliche. Von offizieller Seite wird es jetzt als Thatsache hingestellt, daß der italienische General die betrübende Note, welche an ihn als Ministerpräsident gerichtet gewesen, unterschlagen habe, anstatt sie seinen Kollegen mitzutheilen.

— (Post.) Am Donnerstag Nachmittag fand wiederum eine Versammlung der hiesigen Badergesellen im Universum statt, um über den mühsam fortgeführten Streik zu beraten, aber schon der schwache Besuch derselben, kaum 300 Personen, zeigte, wie wenig Anhang die Bestrebungen eines kleinen Theiles der Gesellschaft bei der Majorität derselben finden. Lange vor Beginn der Verhandlungen eskapirte ein stark illuminirter Badergeselle den Vorstandsitz und konnte erst auf vielfaches Zureden bewogen werden, den Ehrenplatz zu räumen und den Saal zu verlassen. Nach diesem erbeutenden Vorspiel eröffnete Hr. Kahlbaum die Diskussion mit der Mittheilung, daß ihm aus Leipzig und Dresden Schreiben zugegangen seien, welche sich zu Gunsten der Bestrebungen der hiesigen Gesellen aussprechen. Jedes Comitemitglied mußte an dem einmal ins Auge gefaßten Ziele festhalten, und nie dürfe wieder ein Zwist wie in Grunau ausbrechen. Um kräftiger wirken zu können, schloß das Comité vor, den Vorstand bis auf 20 Mitglieder zu verkleinern. — Bei dem nun gemachten Vorschläge zur Ergänzungswahl lebte Hr. Wilhelm Curt jede Wahl ab, weil keine Einigkeit herrsche und weil es ihm scheine, als ob durch diese Streike nur die verheerenden Arbeiter durch die unverschämten aus ihren Arbeitsstellen verdrängt werden sollten. Demnachst werden in das Comité gewählt die Herren: Junge, Urse, Pfiffer, Bergmann, Lindemann, Redatus und Busch. — Es folgten sodann die schon in früheren Versammlungen vorgebrachten Beschwerden wegen der Verwaltung der Krankenkasse, und wurde eine Beschwerdeschrift an die königl. Regierung verlesen und von der Versammlung genehmigt, weil auf die Forderung, diese Kasse nicht mehr durch die Meister verwalten zu lassen, vom Magistrat bisher kein Bescheid erteilt worden. — An die bereits erwähnten Zuschriften aus Leipzig und Dresden anknüpfend, beklagte Herr Kahlbaum, daß einzelne Gesellen für einen halben Thaler ihre Sachen verkauft hätten; er müsse auch heute noch bei der Forderung stehen bleiben, daß die Nacharbeit ganz abgeschafft werde und die Arbeit erst Morgens um 4 Uhr beginne (Auf 2 Uhr!), daß das Essen und Wohnen beim Meister aufhöre und der Lohn erhöht und für jede Stunde, welche über die Zeit von Morgens 4 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr überschreite, 2½ Sgr. extra gezahlt würden. Gegenwärtig erhalte ja das Publikum auch keine frische Wadaare zum Morgenlaffe, denn die Schrippen würden schon Nachts 12 Uhr gebaden; andernfalls hätte man sicher zum Nachmittagslaffe frische Mischbrode. — Herr Albrecht berichtet, in Paris arbeiteten die Badergesellen von Morgens 6 bis Nachmittags 3 Uhr bei 30 Francs Lohn und wären beim Meister weder in Kost noch in Logis. (Dazwischen ertönt aus der Mitte der Versammlung der Ruf: „Du bist nicht in Paris gewesen!“ was einen großen Tumult hervorruft; mehrere Personen wollen den vorlauten Rufen hinauswerfen, wegen der Wirth des Lokals, Herr Qualitz, auf das Energiischste protestirte.) Weiter schlägt Herr Albrecht vor, die Fälle der Geisteskrankheit anzurufen, da die Badergesellen unter den heutigen Verhältnissen weder einen Gottesdienst besuchen, noch einer Abendmahlsfeier beizuwohnen könnten. — Herr Kortung betont, daß die Uneinigkeit unter den Gesellen theils von der überflüssigen Arbeitskraft, theils von der mangelnden Bildung herrühre, und empfehle sich die Bildung eines Vereins zur gegenseitigen Belehrung. Es könne übrigens die Arbeit recht wohl gegen 12 Uhr Nachts beginnen, denn um 10 Uhr sei jedes „anständige“ Vergnügen zu Ende. (Lebhafter Widerspruch.) Von den übrigen zahllosen Rednern, welche sich in der Hauptsache für Abschaffung der Nacharbeit, Befreiung des sogenannten Sprechmeisters und Einrichtung einer Arbeitsnachweiskstelle aussprachen, haben wir als dissentirend nur die Aeußerung des Curt hervor, dahin gehen, es sei nicht möglich, das Bedürfnis des Publikums nach Weißbrod um 6 Uhr Morgens zu befriedigen, wenn die Arbeit erst um 4 Uhr aufgenommen würde; man könne sehr wohl um 12 Uhr Nachts anfangen, wobei freilich die Forderung der Vergütung der überschüssigen Arbeitsstunden nicht ausgeschlossen sei. Die Debatte schließt mit der Annahme folgenden Antrages: „Die Versammlung wolle das heute gewählte Comité beauftragen, nach den gehörten Erwägungen die nötigen Ermittlungen anzustellen, demnach präzise Vorschläge zur Erreichung der ausgesprochenen Wünsche auszuarbeiten und dieselben einer binnen längstens acht Tagen zu berufenen neuen Versammlung zur Prüfung resp. Genehmigung vorzulegen.“ In Ausführung dieses Beschlusses soll am Dienstag eine vorbereitende Versammlung der Werkmeister und am Donnerstag eine allgemeine Versammlung der Badergesellen stattfinden.

Breslau, 5. August. Im Auftrage der R. obersten Postverwaltung in Wien befinden sich seit vorgestern zwei höhere österreichische Postbeamte, darunter ein R. österreichischer Sekondarath hier, um von den preussischen Posteinrichtungen Kenntniß zu nehmen und darnach zeitgemäße Reformen im eigenen Dienstbetriebe anzubahnen.

Tilsit, 7. August. In der Umgegend von russisch Georgenburg bei dem Dorfe Deine ist ein sehr umfangreiches, der Fürstin Wassilischkoff gehöriges Torfmoor in Brand gerathen; die vom Feuer ergriffene Fläche wird auf mindestens zwei Quadratkilometern geschätzt.

Bom Harz, 5. August. Am 3. und 4. August beschäftigte der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Graf v. Ipenflitz, in Begleitung des Oberbergbaupräsidenten Krug von Nidda, von Harzburg kommend, die Kommunal-Verke des Unterharzes, sowie die Eisen- und Silberhütte bei Altenau und die bedeutenderen Schächte bei Clausthal. In diesem Orte selbst angelangt, ließ der Minister sich nach einem Besuche der dortigen Berg-Akademie die Beamten des Oberbergamts vorstellen und vereinigte dieselben zu einem Mahle, zu welchem auch die Vertreter der Regiminal- und Kommunal-Verwaltung zugezogen wurden. Darauf nahm der Minister eine bergmännische Aufwartung der Oberharzer Berg- und Hütten-Knappschaft entgegen. Am anderen Morgen wurden die in Ausführung begriffenen größeren bergmännischen Anlagen bei Clausthal, die dortige Silberhütte in Augenschein genommen und bei der Fahrt über Wildemann, sowie über die Lautenthaler Berg- und Hüttenwerke, die Linie der projektirten Eisenbahn durch das Innerthal einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Minister lebte über Gochlar nach Berlin zurück.

Embs, 7. August. Die Abreise des Königs nach Homburg ist auf kommenden Donnerstag festgesetzt worden. Der Hofmarschall, Graf Perponcher, hat sich heute bereits dorthin begeben, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Der Kultusminister von Mähle ist gestern hier eingetroffen. Derselbe wurde von Sr. Majestät zum Vortrag empfangen und darauf zur Tafel gezogen. Der Finanzminister v. d. Heydt, sowie der diesseitige Gesandte am russischen Hofe, Prinz Reuß, sind heute von hier wieder abgereist.

Deffau, 6. August. (Post.) Die Beamtenwelt unseres Landes beschäftigt jetzt sehr lebhaft ein Seiten des Herrn v. Larisch an die Behörden ergangenes Reskript, welches sämtlichen Beamten untersagt, ferner um Gehaltszulagen, Gratifikationen, Versetzung etc. zu petitioniren. Der Herr Minister will vielmehr selbst, wie das Reskript besagt, das Bedürfnis und das Verdienst eines jeden Einzelnen nach Qualifikation und Würdigkeit bemessen. Es soll im Plane liegen, das Einkommen sämtlicher Staatsdiener, vorzugswelse der Subalternen, nach bestimmten Normen bei allmählig steigendem Dienstalter zu verbessern. — Vom Central Comité des „preussischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger“ zu Berlin ist die Bildung eines Zweigvereins angeregt und wird sich derselbe demnächst im hiesigen Lande konstituiren. — Heute wurden hier die ersten Weintrauben, wohlriechend und süß, auf den Markt gebracht, ein Fall, wie er seit 1811 nicht wiedergetroffen ist.

München, 5. August. Der oberste Gerichtshof des Königreichs hat erkannt, daß bayerische Zeitungen Verichtigungen bezüglich nichtbayerischer Vorkommnisse auf Grund der von auswärtigen Regierungen erteilten offiziellen Auskunft aufzunehmen haben. Der Redakteur des „Volksboten“ hatte nämlich eine amtliche, die Sicherung Frankfurt betreffende Verichtigung als von der preussischen Gesandtschaft ausgegangen und vom Ministerium bloß übermittelt, nicht aufgenommen und das Bezirksgericht München das Verichtsverfahren eingestellt.

Ausland.

Wien, 5. August. (N. Z.) Herr v. Bismarck ist gestern Abends von Jisch hier eingetroffen und wird sich überwiegend wieder nach Gastein begeben, um die unterbrochene Kur fortzusetzen. Unmittelbar nach seiner Ankunft empfing er den Minister des Innern Dr. Bofra, mit dem er längere Zeit konferirte. In Jisch hat er sich nur einen Tag aufgehalten, um dem Kaiser Vortrag zu halten. Die Annahme, daß seine Berufung nach Jisch durch irgend eine neue, auf die europäische Tagesordnung gestellte „Frage“ veranlaßt worden sei, ist unbegründet, es war schon bei seiner Abreise nach Gastein bestimmt, daß er Anfangs August dem Kaiser in Jisch über das inzwischen gesammelte Material innerer und äußerer Angelegenheiten Vortrag halten werde, bei welcher Gelegenheit auch neue Gesichtspunkte festgesetzt oder frühere Gesichtspunkte festgehalten werden sollten; das ist nun geschehen. Nach wie vor bleibt es unerquicklicher Grundriss, bei dem bisherigen Systeme zu verharren. — Kardinal Antonelli hat die letzte Note des Baron Bismarck bis jetzt nicht beantwortet. Das Organ des Kardinal Rauscher, der „Volksfreund“, will wissen, daß eine Antwort überhaupt nicht zu erwarten steht. — Jetzt, nachdem auch Deak gesprochen, ist an der Annahme des Wehrgeheimnisses im ungarischen Landtage nicht mehr zu zweifeln. Die Linie, welche den Entwurf im Prinzip ebenfalls angenommen hat, beabsichtigt bei der Spezialdebatte mehrere Amendements zu stellen, die jedoch keine Aussicht auf Annahme haben; sie sind zu wesentlich und würden der Wehrverfassung eine ganz neue Richtung geben, wie z. B. die Aufhebung der Reserve und die Einreihung der Reservisten in die Landwehr nach zurückgelegter Militärdienstpflicht. Nach den heutigen Debatten in den Privatkonferenzen der einzelnen Parteien des ungarischen Landtages mußte man auf einen heißen Kampf im Landtagesaale selbst gefaßt sein und man fühlt sich jetzt angenehm überrascht, daß die Generaldebatte sich viel ruhiger abwickelt, als man annehmen durfte.

Peß, 7. August. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Wehrgeheimnissentwurf in zweiter Lesung angenommen, die dritte Sitzung findet morgen statt.

Triest, 7. August. Der Lloyd-Dampfer „Ceres“ ist mit der Extrapost eingetroffen und bringt Nachrichten bis zum 1. August. Nach denselben ist Halli Pascha mit der Inspektion der Dardanellen-Schlösser beauftragt worden. — Mariff

nachlässigt. Gerste stetig, russischer Hafer theilweise 3 d niedriger. Fein loco Hull 30¼. — Sehr schönes Wetter.